

**Frau Kirsten Oberste-Kleinbeck**  
**Vorsitzende des**  
**Sozialausschusses**

im Hause

Oberhausen, 22. Januar 2016

**Antrag gem. § 2 der Geschäftsordnung: Aufnahme eines Tagesordnungspunktes**  
**Sitzung des Sozialausschusses am 3. Februar 2016**

Sehr geehrte Frau Oberste-Kleinbeck,

wir bitten Sie, bei der Aufstellung der Tagesordnung zur Sitzung des Sozialausschusses am 3. Februar 2016, den folgenden Punkt in die Tagesordnung aufzunehmen:

**„Sachstandsbericht öffentlich geförderte Beschäftigung auf kommunaler Ebene“**

**Begründung:**

In der Sitzung des Sozialausschusses am 09.04.2014 wurde auf Grundlage der Vorlage A/15/3441-01 beschlossen, dass die Verwaltung aufgefordert wird, die Voraussetzungen für die Einstellung von bis zu zwanzig Langzeitarbeitslosen in ein öffentlich gefördertes Beschäftigungsverhältnis auf kommunaler Ebene gem. § 16e SGB II zu schaffen.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Verwaltung zu berichten, welche Maßnahmen mit konkreten arbeitsmarktrelevanten Effekten bisher ergriffen wurden.

Eine weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

  
Wolfgang Große Brömer  
Vorsitzender  
SPD-Fraktion

  
Stefanie Opitz  
Sozialpol. Sprecherin  
Fraktion DIE GRÜNEN

  
Hans-Otto Runkler  
Vorsitzender  
FDP im Rat



Herrn Oberbürgermeister  
Daniel Schranz

Frau Kirsten Oberste-Kleinbeck  
Vorsitzende des Sozialausschusses  
Im Hause

22. Januar 2016

**Antrag gemäß § 2 der Geschäftsordnung: Aufnahme eines Tagesordnungspunktes für die Sitzung des Hauptausschusses am 1. Februar 2016 und für die Sitzung des Sozialausschusses am 3. Februar 2016**

**Hier: Antrag der CDU-Fraktion: Schriftlicher Sachstandsbericht Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schranz,  
sehr geehrte Frau Oberste-Kleinbeck,

namens unserer Fraktion bitten wir Sie, bei der Aufstellung der Tagesordnung für die Sitzung des Hauptausschusses am 1. Februar sowie für den Sozialausschuss am 3. Februar 2016 den Tagesordnungspunkt

**„Antrag der CDU-Fraktion:  
Schriftlicher Sachstandsbericht Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern“**

aufzunehmen.

**Begründung:**

Mit der Verschärfung des Asylrechts im vergangenen Jahr sind mit Albanien, Montenegro und Kosovo weitere Staaten zu „sicheren Herkunftsstaaten“ i. S. d. Asylgesetzes erklärt worden. Dies sind Staaten (EU-Staaten und ausdrücklich im AsylG deklarierte Staaten), bei denen aufgrund der allgemeinen politischen Verhältnisse die gesetzliche Vermutung besteht, dass dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfinden (§ 29a AsylG). Wir bitten die Verwaltung um Auskunft, wie viele nach dem AsylG ausreisepflichtige Personen bzw. Personen ohne



Bleibperspektive aktuell in Oberhausen gemeldet sind und wie hoch der Anteil dieser Personen an der Gesamtzahl der Asylbewerber in Oberhausen ist.

Hierbei bitten wir auch aufzuschlüsseln, wie viele dieser Menschen nach dem AsylG als geduldet (Duldung/Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen) gelten.

Weiterhin bitten wir aufzuzeigen, wie viele Rückführungen von ausreisepflichtigen Personen aus Oberhausen 2014 und 2015 erfolgt sind.

Namens der CDU-Fraktion bitten wir außerdem um Mitteilung der Verwaltung, wie hoch die Zahl der Asylbewerber ist, deren Identität (aufgrund von Passverlust etc.) nicht eindeutig festgestellt werden kann.

Letztlich ersuchen wir um Auskunft über die Anzahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in unserer Stadt und bitten um Informationen zur deren Unterbringung (in Pflegefamilien usw.) sowie zur Wahrnehmung der Schulpflicht, sofern hierzu Zahlen vorliegen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

Simone- Tatjana Stehr  
Fraktionsvorsitzende

Hans Josef Tschärke  
Sprecher der CDU-Fraktion im Sozialausschuss